



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

06/2014 07.02.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Hauer/Metzler

[Schriftsatzmuster Öffentliches Recht 2014](#)

Das Musterbuch „Schriftsatzmuster Öffentliches Recht“ enthält die wichtigsten Schriftsatzmuster des öffentlichen Rechts (zB Bescheidbeschwerde, Revision, Revisionsbeantwortung, Erkenntnis- bzw Beschlussbeschwerde) mit zahlreichen praktischen Hinweisen in Fußnoten und ist bereits an die Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012/2014 angepasst.

25,- EUR, 4. Auflage, XII und 137 Seiten, Weicheinband, broschiert, Stand: 01.01.2014, ISBN 978-3-902883-11-7.

Zu beziehen ua über www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 6/2014](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates (**Geschäftsordnungsgesetz 1975**) geändert wird (Reduzierung von Redezeiten der Abgeordneten)

[BGBl I 7/2014 \(Anlage\)](#)

Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2014 getroffen wird (**Gesetzliches Budgetprovisorium 2014**) und das **Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017** geändert wird

[BGBl II 19/2014](#)

Kundmachung des Bundesministers für Verfassung und öffentlichen Dienst betreffend die Übermittlung formeller Angaben gemäß § 4 und von als „Restreint UE/EU Restricted“ eingestufteten EU-Verschlussachen gemäß § 2 Abs. 2 und 3 des **EU-Informationsgesetzes** an den Nationalrat und den Bundesrat

[BGBl II 20/2014](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (**2. Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2014**, 2. GSNE-VO 2013 – Novelle 2014)

[BGBl III 25/2014](#)

Beendigung von Abkommen mit Ungarn

[BGBl III 26/2014](#)

Beendigung eines Vertrages zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der **Tschechischen Republik**

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 31 v 31.01.2014, 1](#)

Geschäfts- und Verfahrensordnungen: Praktische Anweisungen für die Parteien in den Rechtssachen vor dem Gerichtshof

[ABl L 32 v 01.02.2014, 34](#)

Empfehlung der Kommission vom 29. Januar 2014 Umgang mit den **Konsequenzen des Entzugs des Wahlrechts von Unionsbürgern, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

21.11.2013, [U 1155/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags eines somalischen Staatsangehörigen auf internationalen Schutz mangels ausreichender Begründung der Entscheidung, insbesondere hinsichtlich der **Identität des Beschwerdeführers** sowie hinsichtlich der Frage nach der **Minderheit des Clans der Sheikhal**

25.11.2013, [G 65/2013](#)

ASVG; Unzulässigkeit des Individualantrags eines Radiologietechnologen auf Aufhebung von Bestimmungen des ASVG betreffend die **Gleichstellung bloß bestimmter gehobener medizinisch-technischer Dienste mit der ärztlichen Hilfe** und die damit einhergehende Erstattungsfähigkeit mangels Gestaltung der Rechtssphäre der antragstellenden Partei sowie wegen zu eng gefassten Aufhebungsbegehrens

25.11.2013, [U 1121/2012 ua](#)

AsylG 2005; Entzug des gesetzlichen Richters durch Abweisung der Anträge der Beschwerdeführer auf internationalen Schutz und Ausweisung nach Mazedonien infolge unrichtiger – nur aus einem männlichen Richter und einer weiblichen Richterin bestehenden – **Zusammensetzung des Spruchkörpers** des Asylgerichtshofes im Hinblick auf den von der Erstbeschwerdeführerin **behaupteten Eingriff in das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung**; Durchschlag dieses Mangels auf die Entscheidungen der anderen Beschwerdeführer

25.11.2013, [U 1749/2012 ua](#)

AsylG 2005; Entzug des gesetzlichen Richters durch Abweisung der Anträge der Beschwerdeführer auf internationalen Schutz und Ausweisung in die Türkei infolge unrichtiger – nur aus zwei männlichen Richtern bestehender – **Zusammensetzung des Spruchkörpers** des Asylgerichtshofes im Hinblick auf den von der Zweitbeschwerdeführerin geltend gemachten **Fluchtgrund einer sexuellen Belästigung im Zuge einer Festnahme im Herkunftsstaat**; Durchschlag dieses Mangels auf die Entscheidungen der anderen Beschwerdeführer

25.11.2013, [U 556/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander sowie im Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht durch Abweisung des Antrags eines irakischen Staatsangehörigen auf internationalen Schutz mangels Vornahme eigener weiterer Ermittlungen durch den Asylgerichtshof trotz der **offensichtlichen Mängel des Ermittlungsverfahrens vor dem Bundesasylamt** im Hinblick auf die Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens sowie mangels Durchführung einer mündlichen Verhandlung

25.11.2013, [U 983/2013 ua](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung der Anträge auf internationalen Schutz und Ausweisung einer seit vier Jahren in Österreich aufhältigen achtköpfigen Familie nach Bosnien und Herzegowina **mangels Eignung der gesetzten Ermittlungstätigkeiten zur Klärung des Sachverhaltes**

11.12.2013, [U 1914/2012 ua](#)

AsylG 2005; Entzug des gesetzlichen Richters durch Abweisung der Anträge der tschetschenischen Beschwerdeführer auf internationalen Schutz und Ausweisung in die Russische Föderation wegen **unrichtiger Zusammensetzung des Spruchkörpers** des Asylgerichtshofes im Hinblick auf den von der Zweitbeschwerdeführerin geltend gemachten **Fluchtgrund einer drohenden Vergewaltigung**; Durchschlag dieses Mangels auf die Entscheidungen der anderen Beschwerdeführer

11.12.2013, [U 1778/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Asylantrags eines somalischen Staatsangehörigen wegen Drittstaatsicherheit und Ausweisung in die Schweiz mangels hinreichender Auseinandersetzung mit dem Aspekt der Asylberechtigung eines in Österreich lebenden minderjährigen Kindes des Asylwerbers im Hinblick auf die **gegebenenfalls gebotene Ausübung des Selbsteintrittsrechts**

B. Verwaltungsgerichtshof

11.12.2013, [2013/04/0136](#)

GewO; Abweisung eines Antrags auf **Erteilung einer Nachsicht** vom Gewerbeausschluss; Bedenken, dass der Bf den mit der Gewerbeausübung verbundenen **Zahlungspflichten** – bei Fälligkeit – nicht nachkommen würde, sind nicht als fehlerhaft zu erkennen; ob sich die finanzielle Situation des Bf bei Ausübung des Gewerbes verbessern würde, spielt keine Rolle

19.12.2013, [2011/03/0173](#)

LuftfahrtG; VVG; Nichterfüllung eines **Auftrags zu Sanierungsmaßnahmen** an Dachkonstruktion und Dachhaut eines Hangars; nicht nur das voraussichtliche Mindestmaß des **Vollstreckungsaufwands** kann als Vorauszahlung aufgetragen werden, sondern der voraussichtlich erforderliche Betrag; das **Schonungsprinzip** besagt hiezu, dass kein höherer Kostenvorschuss verlangt werden darf als zur Bestreitung der Ersatzvornahme erforderlich wäre; zur Ermittlung der voraussichtlich anfallenden Kosten können Angebote von Unternehmen eingeholt werden

19.12.2013, [2011/03/0198](#)

TelekommunikationsG; VStG; das direkte Bewerben einer politischen Gruppe im Wege eines ohne vorherige Zustimmung des Empfängers zugeschickten E-Mail stellt eine **Direktwerbung iSd TelekommunikationsG** dar; die Eingabe einer E-Mail-Adresse in ein öffentliches Online-Mitgliederverzeichnis ist nicht als (konkludente) Zustimmung zum Empfang von elektronischer Post zu Werbezwecken zu verstehen

19.12.2013, [2012/03/0052](#)

TelekommunikationsG; VStG; bei einer **Übertretung des § 107 TelekommunikationsG** – ebenso wie beim „Vorgängerdelikat“ nach § 101 TKG (1997) – handelt es sich um ein **Ungehorsamsdelikt** iSd § 5 VStG; zur Beurteilung des Tatorts ist auf den Ort abzustellen, an dem die unerbetene Nachricht vom Empfänger abgerufen wurde, auf den Standort des Servers kommt es nicht an

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Tir 08.01.2014, [LVwG-2013/12/2093-5](#)

LuftfahrtG; weder aus den Regelungen betreffend die **Verkehrssicherheit** (Sicherheit der Luftfahrt) noch aus jenen betreffend den **Schutz vor unrechtmäßigen Eingriffen** (Sicherheit in der Luftfahrt) ist eine ausdrückliche Übertragung von „imperium“ auf die Flughafenbetriebsgesellschaft ersichtlich, was – gegebenenfalls – im Hinblick auf das in Art 18 Abs 1 B-VG verankerte Legalitätsprinzip geboten wäre

LVwG Tir 28.01.2014, [LVwG-2014/33/0275-1](#)

Tir GrundverkehrsG; eine Bebauungsfrist iSd § 11 Abs 3 Tir GrundverkehrsG ist eine materiell-rechtliche Frist; ein allfälliger **Gestaltungsanspruch auf Verlängerung** dieser Frist kann nur innerhalb der Fünfjahresfrist geltend gemacht werden; eine **Wiedereinsetzung** nach § 71 Abs 1 AVG ist nicht zulässig

LVwG Tir 30.01.2014, [LVwG-2013/15/3566-3](#)

ImmissionsschutzG-Luft; an der Aufrechterhaltung der **Versorgung** der Bevölkerung **mit frischem Gemüse** besteht ein **öffentliches Interesse**, dass die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach dem IG-L rechtfertigt, sofern dafür Alternativen de facto nicht zur Verfügung stehen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[05.02.2014, Rs C-385/12, Hervis Sport- és Divatkereskedelmi](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Direkte Steuern – **Niederlassungsfreiheit** – **Nationale Steuerregelung**, mit der eine **Sondersteuer auf den Einzelhandelsumsatz in Verkaufsräumen** eingeführt wird – Kaufhausketten – Bestehen einer diskriminierenden Wirkung – **Mittelbare Diskriminierung**

[06.02.2014, Rs C-613/12, Helm Düngemittel](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif** – **Europa–Mittelmeer-Abkommen mit Ägypten** – Art 20 des Protokolls Nr 4 – **Ursprungsnachweis** – **Warenverkehrsbescheinigung EUR 1** – Ersatzwarenverkehrsbescheinigung EUR 1, die zu einem Zeitpunkt ausgestellt wird, zu dem sich die Ware nicht mehr unter der Überwachung der ausstellenden Zollstelle befindet – Weigerung, die Präferenzregelung anzuwenden

[06.02.2014, Rs C-528/12, Mömax Logistik](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Gesellschaftsrecht** – Richtlinie 78/660/EWG – **Offenlegung des konsolidierten Jahresabschlusses von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen** – Anwendung der Vorschriften über die Offenlegung dieser Abschlüsse auf Gesellschaften, die dem Recht eines Mitgliedstaats unterliegen und zu einem Konzern gehören, dessen Muttergesellschaft dem Recht eines anderen Mitgliedstaats unterliegt

[06.02.2014, Rs C-509/12, Navileme und Nautizende](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 52 AEUV und 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Erteilung einer **Lizenz für Sportschiffer** – **Wohnsitzerfordernis im Ausstellungsland** – Beschränkungen für Gebietsfremde – **Schutz der Sicherheit auf See** – **Öffentliche Ordnung**

[06.02.2014, Rs C-424/12, Fatorie](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Reverse-Charge-Verfahren** – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Entrichtung der Steuer an den Dienstleistungserbringer – Weglassen zwingender Angaben – Entrichtung nicht geschuldeter Mehrwertsteuer – **Verlust des Abzugsrechts** – **Grundsatz der Steuerneutralität** – Grundsatz der Rechtssicherheit

[06.02.2014, Rs C-323/12, E. ON Global Commodities \(anciennement E.On Energy Trading\)](#)

Richtlinie 79/1072/EWG – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – **In einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige – Verfahren zur Erstattung der Mehrwertsteuer** – Steuerpflichtige, die einen Steuervertreter gemäß nationalen Vorschriften bestellt haben, die vor dem Beitritt zur Union datieren – Ausschluss – **Begriff des nicht im Inland ansässigen Steuerpflichtigen** – Voraussetzung des **Nichtbestehens einer Niederlassung** – Voraussetzung, dass keine Gegenstände geliefert oder Dienstleistungen erbracht worden sein dürfen – **Lieferung von Elektrizität an steuerpflichtige Wiederverkäufer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 171

[06.02.2014, Rs C-98/13, Blomqvist](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EG) Nr 1383/2003 – **Maßnahmen zur Verhinderung des Inverkehrbringens von nachgeahmten Waren und unerlaubt hergestellten Waren** – Art 2 – Geltungsbereich der Verordnung – **Aus einem Drittstaat über das Internet erfolgter Verkauf einer nachgeahmten Uhr zu privaten Zwecken an eine Privatperson, die in einem Mitgliedstaat wohnt** – **Beschlagnahme der Uhr durch die Zollbehörden** bei ihrer Einfuhr in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats – Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme – Voraussetzungen – Voraussetzungen betreffend die **Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 4 – Verbreitung an die Öffentlichkeit – Richtlinie 2008/95/EG – Art 5 – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 – Benutzung im geschäftlichen Verkehr

[06.02.2014, Rs C-65/12, Leidseplein Beheer und de Vries](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Marken – Richtlinie 89/104/EWG – **Rechte aus der Marke – Bekannte Marke – Auf nicht ähnliche Waren oder Dienstleistungen erweiterter Schutz** – Benutzung eines mit der bekannten Marke identischen oder ihr ähnlichen Zeichens ohne rechtfertigenden Grund durch einen Dritten – **Begriff ‚rechtfertigender Grund‘**

[06.02.2014, Rs C-2/13, Humeau Beaupreau](#)

Gemeinsamer Zolltarif – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Kapitel 64 – Einfuhr von für die Herstellung von **Schuhen für Sportzwecke** notwendigen Teilen – Position 6404 – Schuhe mit Laufsohlen aus Kautschuk, Kunststoff, Leder oder rekonstituiertem Leder und Oberteil aus Spinnstoffen – Position 6406 – Schuhteile – Allgemeine Vorschrift 2 a für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur – **Unvollständige oder unfertige Ware, die die ‚wesentlichen Beschaffenheitsmerkmale der vollständigen oder fertigen Ware hat‘** – Ware, die ‚zerlegt oder noch nicht zusammengesetzt gestellt wird‘ – Erläuterungen für die Auslegung des Harmonisierten Systems – ‚Zusammensetzen‘, ohne dass die ‚Teile, die zusammengesetzt werden sollen, bei der Vervollständigung zu einer fertigen Ware einer weiteren Bearbeitung unterzogen werden‘

B. Schlussanträge

[06.02.2014, Rs C-516/12, C-517/12 und C-518/12, CTP \(GA Cruz Villalón\)](#)

Verkehr – Verordnung Nr 1191/69 – **Anspruch privater Unternehmen auf einen Ausgleich der mit der Verpflichtung des öffentlichen Dienstes verbundenen Lasten** – Pflicht von Verkehrsunternehmen, einen Antrag auf Aufhebung einer Verpflichtung des öffentlichen Dienstes zu stellen, aus der ihnen wirtschaftliche Nachteile erwachsen

[06.02.2014, Rs C-398/12, M \(GA Sharpston\)](#)

Art 54 des Übereinkommens zur Durchführung **des Übereinkommens von Schengen (SDÜ)** – **Verbot der Doppelstrafung** – Vor Eröffnung der Hauptverhandlung ergangener **Einstellungsbeschluss, wonach dieselbe Person wegen derselben Tat nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden darf** – Vorbehalt der möglichen Aufhebung des Beschlusses bei **Auftauchen neuer Belastungstatsachen** – Strafverfolgung in einem anderen Mitgliedstaat wegen einer auf demselben Sachverhalt beruhenden Straftat

[06.02.2014, Rs C-105/13, Vonk Noordegraaf \(GA Kokott\)](#)

Gemeinsame Agrarpolitik – Direktzahlungen – Neuberechnung von Zahlungsansprüchen

C. Gericht

06.02.2014, Rs T-27/10, AC-Treuhand / Kommission

Wettbewerb – Kartelle – Märkte für Zinn- und ESBO/Ester-Wärmestabilisatoren – Entscheidung, mit der zwei Zuwiderhandlungen gegen ex-Art 81 EG und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt werden – Beratungsunternehmen, das nicht auf den betroffenen Märkten tätig ist – Geldbußen – Antrag auf Nichtigerklärung – **Begriff des Unternehmens – Grundsatz der gesetzlichen Bestimmtheit von strafbaren Handlungen und Strafen** – Dauer der Zuwiderhandlung – Verjährung – Dauer des Verwaltungsverfahrens – Angemessene Dauer – Verteidigungsrechte – Verspätete Unterrichtung über das Ermittlungsverfahren – Obergrenze von 10 % des Umsatzes – Ahndung von zwei Zuwiderhandlungen in einer Entscheidung – Begriff der einheitlichen Zuwiderhandlung – Antrag auf Abänderung – Höhe der Geldbußen – Dauer der Zuwiderhandlungen – Dauer des Verwaltungsverfahrens – **Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Umsatz – Symbolische Geldbuße** – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

04.02.2014, Beschwerde Nr. 11882/10, *Pentikäinen / Finnland*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); **Inhaftierung** eines **Medienfotografen im Zuge** einer **Demonstration** und anschließende Verurteilung wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt; Inhaftierung nicht aufgrund seiner Funktion als Journalist, sondern aufgrund der **Weigerung**, eine **sicherheitspolizeiliche Anordnung zu befolgen**; daher keine Verletzung seines Rechts freie Meinungsäußerung

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.